

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 15/1649 –**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzprotokoll Nr. 7 vom 27. November 2002
zu der Revidierten Rheinschifffahrtsakte vom 17. Oktober 1868**

A. Problem

Zur Ratifikation des Zusatzprotokolls ist die Zustimmung durch ein Vertragsgesetz nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderlich.

B. Lösung

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf – Drucksache 15/1649 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 24. Oktober 2003

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Renate Blank
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Renate Blank

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 15/1649 in seiner 66. Sitzung am 16. Oktober 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Auf das Zusatzprotokoll Nr. 7 findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Mit dem Gesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ratifikation des Zusatzprotokolls geschaffen werden. Mit dem am 27. November 2002 unterzeichneten Zusatzprotokoll Nr. 7 zur Revidierten Rheinschiffahrtsakte haben die Vertragsstaaten dieser Akte die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass auf dem Rhein unter von der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt (ZKR) festzulegenden Bedingungen neben dem Schiffsattest nach der Rheinschiffsuntersuchungsordnung auch andere Zeugnisse (Gemeinschaftszeugnisse), andere Schiffsatteste und neben dem Rheinpatent andere Schifferpatente anerkannt werden können. Daneben bereinigt das Zusatzprotokoll Nr. 7 die Formulierung des Artikels 22 der Revidierten Rheinschiffahrtsakte insoweit, als das Wort „Uferstaaten“ durch das Wort „Vertragsstaaten“ (Belgien) ersetzt wird.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage in seiner 20. Sitzung am 22. Oktober 2003 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs.

Berlin, den 24. Oktober 2003

Renate Blank
Berichterstatteerin

